



HESSISCHER LANDTAG

13. 04. 2022

ULA

Dringlicher Berichts Antrag

**Klaus Gagel (AfD), Dr. Frank Grobe (AfD), Andreas Lichert (AfD),
Claudia Papst-Dippel (AfD), Gerhard Schenk (AfD) und Heiko Scholz (AfD)**
Klimawandel und wissenschaftlicher Diskurs

Mit der Pressemitteilung „Gegen Klimawandelleugnung und rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz“ des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 04.04.2022 wurde eine „Erklärung Klimawandelleugnung“ veröffentlicht, die aus Sicht der AfD Fraktion im Hessischen Landtag erklärungsbedürftig ist.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ULA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wer konkret ist in der Pressemitteilung gemeint, etwas zu verbreiten, dem nach Ansicht des Ministeriums HMKLV und BNE entgegengetreten werden muss? (Bitte möglichst vollständig Namen und ggf. Anschriften der in der Pressemitteilung adressierten Gruppen nennen).
2. Die Begriffe rund um das Thema Klima bedürfen aufgrund des näheren Verständnisses der herausgegebenen Pressemitteilung der exakten Differenzierung.
 - a) Was versteht die Landesregierung unter dem Ausdruck „Klimawandelleugnung“?
 - b) Was versteht die Landesregierung unter dem Ausdruck „Klimakrise“?
 - c) Worin besteht nach Ansicht der Landesregierung begrifflich der Unterschied zwischen Klimawandel und Klimakrise?
 - d) Welche Kriterien müssen erfüllt sein, damit aus einem Klimawandel eine Klimakrise wird?
 - e) Auf welche Gesetze oder Verordnungen bezieht sich das Ministerium bezüglich der Abgrenzung der Begriffe?
3. In der Pressemitteilung wird u.a. konstatiert, die Landesregierung sei beunruhigt und benutzt in der Differenzierung verschiedene erklärungsbedürftige Begriffe, nämlich die „rechtsextremen Ideologien im Natur- und Umweltschutz“?
 - a) Welche Aussagen sind „rechtsextrem“? (Bitte konkrete Beispiele benennen)
 - b) Welche Aussagen sind „antisemitisch“? (Bitte konkrete Beispiele benennen)
 - c) Welche Aussagen sind „demokratiefeindlich“? (Bitte konkrete Beispiele benennen)
 - d) Mit welchen Aussagen haben nach Ansicht des Ministeriums rechtsextreme Organisationen den Natur- und Umweltschutz unter dem Begriff Heimatschutz „ver-einnahmt“ (Bitte Beispiele und bitte auch die Organisationen nennen)?
4. In der Pressemitteilung wird u.a. konstatiert, dass „Krisen, wie der anthropogene Klimawandel, zu Entsolidarisierung und Verunsicherung führen“. Dort ist von Demokratiefeindlichkeit die Rede.
 - a) Ist das Ministerium der Ansicht, dass Personen oder Gruppen, die der Meinung sind, den Klimawandel für nicht-anthropogen verursacht zu halten, rechtsextrem, antisemitisch und/oder demokratiefeindlich sind?
 - b) Ist das Ministerium der Ansicht, dass Äußerungen zu Umwelt- und Naturschutzthemen nicht dem nach Art. 5 GG grundgesetzlich garantierten Recht auf Meinungsfreiheit unterliegen?
 - c) Wenn 4 b ja: Weshalb nicht?
 - d) Welche Kritik an der herrschenden Theorie zum Klimawandel ist nach Ansicht des Ministeriums erlaubt, um nicht zur Zielgruppe der herausgegebenen Pressemitteilung zu werden?

- e) Welche Kritik an der herrschenden Theorie zum Klimawandel ist nach Ansicht des Ministeriums nicht erlaubt, um der Zielgruppe der herausgegebenen Pressemitteilung zu entsprechen?
 - f) Sollten nach Ansicht des Ministeriums Kritiker, die „nicht-erlaubte Kritik“ im Sinne der Ministeriums-Pressemitteilung äußern, vom Verfassungsschutz beobachtet werden?
5. In der Pressemitteilung wird u.a. konstatiert, dass in sozialen Medien „Engagierte diffamiert“ werden.
- a) Sieht das Ministerium in der Herausgabe der Pressemitteilung nicht ebenso eine Diffamierung (engagierter Kritiker der Frage, ob der Klimawandel anthropogen verursacht sei)?
 - b) Wenn 5 a nein: Weshalb nicht?

Wiesbaden, 13. April 2022

**Klaus Gagel
Dr. Frank Grobe
Andreas Lichert
Claudia Papst-Dippel
Gerhard Schenk
Heiko Scholz**